

Verlag: Sächsische Volkszeitung, Dresden, Neuenburgerstr. 17.

Verlag: Sächsische Volkszeitung, Dresden, Neuenburgerstr. 17.

Sächsische Volkszeitung

Für christliche Politik und Kultur

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung, Dresden-Neubau, Neuenburgerstr. 17, Telefon 3071

Ueber die Kraft

Gedanken zum Zentrumsparlamenttag.

II

Wann spricht man von Parlamentsreform?

Von der Reform des Parlamentes, insbesondere von der Wahlrechtsreform wird in Deutschland immer häufiger und jeder Wahl gesprochen. Dann finden alle, daß es mit den gegenwärtigen Verhältnissen nicht mehr weiter gehe, bedauern aber zugleich, daß eine Reform so kurz vor der Neuwahl nicht mehr durchgeführt werden könne. Die Kandidaten für das neue Parlament sind selbstverständlich auch dieser Ansicht; dann wird das Parlament gewählt, und dann hört man eine Weile nichts mehr von Parlamentsreform. Bis kurz vor der nächsten Wahl.

Wenn man der Auffassung ist, daß die Verwaltungsreform den wichtigsten Teil der Reichsreform bildet, dann wird man auch überzeugt sein, daß eine solche Reform nicht nur an den Gliedern, sondern auch am Haupt vorgenommen werden muß. Gewiß ist es falsch, wenn man in einzelnen Ländern im Rahmen der Verwaltungsreform eine kleine Parlamentsreform auf eigene Faust versucht. Aber das Reich hat die Pflicht, für diese notwendige Reform Richtlinien zu geben. So, wie der Reichstag bisher die Frage seiner eigenen Reform behandelt hat, geht es nicht weiter, wenn das deutsche Parlament nicht alles Ansehen bei der Wählerschaft verlieren soll. Welche Anschauungen in dieser Beziehung in der Zentrums-Wahlerschaft herrschen, zeigt etwa die Tatsache, daß in Baden vor der letzten Reichstagswahl alle Zentrumskandidaten sich verpflichten mußten, für eine Wahlrechtsreform einzutreten. Der sächsische Zentrumsparlamentstag in Chemnitz hat am 16. September — also nach der letzten Wahl — eine Entschließung gefaßt, in der es heißt:

„Nur eine entschiedene weisungsähnliche Politik, die unter völliger Einmütigkeit der Partei und nach jeder Richtung hin selbständig geführt wird, kann wieder unter der Fahne des Zentrums alle vereinen, die der Weisungsähnlichkeit nach zu ihm gehören. Die parlamentarischen Vertreter einer solchen Politik müssen Persönlichkeiten sein, die auf Grund ihrer weisungsähnlichen Einstellung, nicht etwa nur auf Grund ihrer Standeszugehörigkeit Vertrauen genießen. Eine Reform des Wahlrechts, die in dieser Hinsicht bessere Voraussetzungen schaffte, wäre zu begrüßen, doch dürfte bei dieser Reform die Weisungsähnlichkeit der Wähler nicht außer acht gelassen werden.“

In der Entschließung, die wohl auch außerhalb Sachsens beachtet worden ist, sind die Grundzüge der notwendigen Parlamentsreform deutlich aufgezeigt. Wir wollen Volksvertreter, nicht Standesvertreter, lebendige politische Persönlichkeiten, nicht routinierte parlamentarische Beamte, wir wollen, daß die Wählerschaft direkt über die Kandidaten entscheidet und nicht nur zwischen gebundenen Listen.

Daß der gegenwärtige Zustand diesen Forderungen nicht entspricht, darüber wird außerhalb des Reichstages nur eine Meinung herrschen. Einmal ist der Reichstag mehr und mehr zum Ständehaus entartet. Wenn man heute die Vertreter der verschiedenen Stände mit verschiedenen gefärbten Talaren ausrüsten würde, so wie früher an den Universitäten die Dozenten der verschiedenen Fakultäten sich unterschieden, dann würden wohl nur wenige Reichstagsabgeordnete ohne Talar übrig bleiben. Zum zweiten ist der Reichstag stark überaltert. Seit 1912 sind es im wesentlichen dieselben Persönlichkeiten, die in den Berliner Wallotbau einziehen. Allmählich beginnt die Arterienverkalkung in Deutschland ein höchst bedauerliches politisches Faktum zu werden. Damit soll kein beherrschender politischer Führer aller Richtungen nicht gesagt sein. Aber es gibt doch eine recht beträchtliche Anzahl von Abgeordneten in allen Parteien, bei denen man bedauert, daß es für Abgeordnete so etwas wie die früher im deutschen Heere berühmte „Majorsecke“ nicht gibt. Daran trägt das dritte große Uebel, das Bestehen der gebundenen Listen, die größte Schuld.

Eine Wahlrechtsreform, die das Verhältnis in vernünftiger Weise beschränken würde, wird im weitesten Kreise als ein Mittel angesehen, um die drei Schäden auszugleichen. Den besten Vorschlag dieser Art hat vielleicht der frühere Zentrumsabgeordnete Röder (mit dem wir bekanntlich in manchen anderen Fragen durchwegs nicht übereinstimmen) gemacht: Abschaffung der gebundenen Listen, Verkleinerung der Wahlkreise, Verkleinerung der Restlisten auf Reichslisten, für die nur eine beschränkte Anzahl von Mandaten in Frage käme. Eine solche Wahlrechtsreform wäre ein Mittel, um das Interesse des Volkes am Reichstag, das heute fast auf den Nullpunkt gesunken ist, wieder zu heben und dem Parlament neues Blut zuzuführen.

Rußland und Deutschland

Die Moskauer Wirtschaftskonferenz

Kowno, 28. November.

Wie aus Moskau gemeldet wird, haben die deutsch-russischen Wirtschaftsverhandlungen begonnen. Am Dienstag nachmittag fand im Außenkommissariat die erste gemeinsame Sitzung der Delegationen statt.

In der heutigen Eröffnungssitzung der deutsch-russischen Wirtschaftskonferenz, die am Dienstag im Konferenzsaal des Außenkommissariats stattfand, nahm zunächst der Führer der russischen Abordnung, Siomonjatow, das Wort. Er wies darauf hin, daß die deutsch-russischen Verhandlungen bei gutem Willen günstige Ergebnisse haben könnten. Die Verhandlungen hätten den Zweck, den deutsch-russischen Vertrag von 1925 auf Grund der dreijährigen Erfahrungen zu ergänzen. Ministerialdirektor Fosse verwies in seiner Antwort auf die Bedeutung der deutsch-russischen Beziehungen und sprach die Hoffnung aus, daß die Konferenz zu einem günstigen Ergebnis gelangen werde. Die Konferenz wählte hierauf zwei Kommissionen: eine Rechts- und eine Wirtschaftskommission, zur Bearbeitung der einzelnen Fragen.

Das Abgrement für Dirschén

Berlin, 29. November. Die Moskauer Regierung hat das Abgrement für Ministerialdirektor Dr. v. Dirschén erteilt. Die offizielle Ernennung des Herrn v. Dirschén zum deutschen Volschalter in Moskau steht demnach unmittelbar bevor.

Völkerbundsrat in Lugano

Genf, 29. November.

In hiesigen unterrichteten Kreisen verläutete am Mittwochabend, daß in den Verhandlungen zwischen dem Außenminister Dr. Stresemann und dem Generalsekretär des Völkerbundes Sir Eric Drummond am Mittwoch in Berlin eine Uebereinkunft getroffen wurde, wonach im Hinblick auf das ungünstige Klima in Genf die Zustimmung der übrigen Mitglieder des Völkerbundsrates zu einer Verlegung der Dezemberberatung des Völkerbundsrates nach Lugano herbeigeführt werden soll. Die Einholung der Zustimmung der übrigen Mit-

Aber die Wahlrechtsreform wäre nicht das einzige Mittel. Wird die Neugliederung des Reiches entsprechend den Vorschlägen des Bundes zur Erneuerung des Reiches durchgeführt, dann verliert der Reichsrat seinen eigentlichen Sinn. Die Vorschläge für die Umgestaltung des Reichsrates, die der erwähnte Bund gemacht hat, können nur als Notbehelf bewertet werden. Warum will man eine Form aufrecht erhalten, die sich in der Vergangenheit als wenig zweckmäßig erwiesen hat? Der Reichstag berät gegenwärtig über den endgültigen Reichswirtschaftsrat. Sieht man nicht, daß man hier eine Vielheit von Körperschaften bildet, die sich letzten Endes nur hindern werden? In der Geschichte des Parlamentes ist das Zusammenarbeiten von zwei Körperschaften traditionell und bewährt. In fast allen Republiken ist der gesetzgebenden Körperschaft eine zweite, beratende und prüfende Körperschaft an die Seite gesetzt. In den Republiken, die in dieser Richtung eine Ausnahme bilden, zum Beispiel in der Türkei, schafft das Ansehen und die Machtvollkommenheit des Präsidenten das notwendige Gegengewicht. Warum denkt man im Rahmen der Reichsreform nicht an die Schaffung eines brauchbaren deutschen Oberhauses?

Ein solches Oberhaus brauchte keine Einschränkung der Machtvollkommenheit des Reichstages zu bilden. Seine Aufgaben wären Prüfung, Anregung und Repräsentation. Das Oberhaus könnte den Reichsrat und den Reichswirtschaftsrat in sich aufnehmen, in ihm könnten Vertreter von Kunst, Wissenschaft und Religion Sitz und Stimme haben. Wie würdig und eindrucksvoll wäre es, wenn Deutschland ein parlamentarisches Forum hätte, das seine historische Tradition, seine geistige und wirtschaftliche Arbeit verkörpert würde, in dem Namen, die auch im Auslande Klang haben, vertreten wären. Dieses Oberhaus wäre nach englischem Muster auch berufen, die bewährten älteren Führer des Reichstages aufzunehmen und so in der ge-

glieder soll durch das Völkerbundssekretariat erfolgen. Insbesondere dürfte der Wunsch an den derzeitigen Reichspräsidenten, den finnischen Außenminister Prokopen, weitergeleitet worden sein. Der Völkerbundsrat beginnt seine Tagung am 10. Dezember.

Abjluß des Chorzow-Kompromisses

Warschau, 28. November.

Wie die polnische Presse berichtet, ist das deutsch-polnische Kompromiß-Abkommen in bezug auf die Chorzow-Frage nunmehr zum Abjluß gelangt. Der Austausch der beidseitigen Schriftstücke soll am heutigen Mittwoch stattfinden.

Optantenverhandlungen in Wien

Budapest, 28. November.

Die Verhandlungen zwischen Ungarn und Rumänien in der Optantenfrage werden am 15. Dezember in Wien beginnen. Der Leiter der rumänischen Abordnung ist der rumänische Gesandte in Athen, der Führer der ungarischen Vertreter wie bisher Baron Sternyi.

Das deutsche Schulwesen in Südslawien

Belgrad, 28. November.

Dienstag vormittag hatte der Präsident des deutschen Abgeordnetenklubs, Dr. Kraft, eine Unterredung mit dem Unterrichtsminister Grol, in der er die Forderungen der Deutschen gegenüber dem neuen Schulgesetz darlegte. Er forderte die Errichtung neuer deutscher Schulen sowie einer deutschen Handelsakademie. Es gilt bereits als sicher, daß das Schulgesetz in einer den deutschen Forderungen entgegenkommenden Weise abgeändert werden wird. Der Entwurf kam auch am Nachmittag in einer Sitzung des radikalen Abgeordnetenklubs zur Sprache, wobei betont wurde, daß in drei Fragen auf die Wünsche der Minderheiten Rücksicht genommen werden müsse. Diese sind: 1. die Frage des Schulvermögens; 2. die Frage des Religionsunterrichts und 3. die Frage des Minderheiten-Schulwesens. Bezüglich des letztgenannten Punktes ist man bereit, den Unterricht in der Muttersprache in den höheren Klassen der Volksschulen zu gestatten.

setzgebenden Körperschaft selbst Raum zu schaffen für die jüngeren Kräfte. Würde ein Oberhaus dieser Art an die Stelle von Reichsrat und Reichswirtschaftsrat treten, dann würde das parlamentarische Leben in Deutschland ganz neue Anregungen erhalten und auch das Interesse vieler Kreise gewinnen, die heute dem deutschen Parlamentarismus ohne innere Anteilnahme gegenübersehen.

Daß auch eine innere Reform, eine Reform nicht nur der Geschäftsordnung, sondern überhaupt des parlamentarischen Stils notwendig ist, dafür sind die Vorschläge des Reichstagspräsidenten Löbe der beste Beweis. Wir glauben, daß eine solche innere Reform getrost dem Parlament selbst überlassen werden könnte, wenn durch Wahlrechtsreform die nötigen äußeren Voraussetzungen geschaffen sind.

Schließlich erscheinen im Verhältnis zwischen Parlament und Regierung manche Änderungen notwendig. Von verschiedenen Seiten, hürzlich noch von der preussischen Regierung, ist nach englischem Muster der Vorschlag gemacht worden, daß das Parlament Ausgaben über die Vorschläge der Regierung hinaus nur dann bewilligen darf, wenn gleichzeitig die entsprechende Deckung geschaffen wird. Ebenso nachahmenswert ist die englische Bestimmung, daß der Finanzminister ein Einspruchsrecht gegen Ausgaben hat, die er im Rahmen des Budgets für untragbar hält. — Auch im persönlichen Verhältnis der Minister zum Parlament scheint manches reformbedürftig. Es entspricht nicht dem Volksempfinden, daß bei Abstimmungen über Mißtrauensanträge die Minister selbst mit abstimmen. Ebenso unpopulär sind die Bestimmungen über die Pensionierung der Minister. Widerspricht die Pensionierung nicht überhaupt dem Sinn der parlamentarischen Ministerverantwortung? Und ist es nicht mindestens töricht, daß aus der Beamtenlaufbahn hervorgegangene Minister gefondert behandelt werden? Selbstverständlich soll den Beamten, die einen Ministerposten bekleidet haben, der

Pensionsanspruch erhalten werden, aber nur auf die Pension, die ihrer letzten Beamtenstellung vor ihrer Berufung zum parlamentarischen Minister entspricht.

Ueber all diese Dinge macht sich das Volk Gedanken, macht sich auch die Zentrumswählerchaft Gedanken. Und es wird im Lande nicht verstanden, daß man immer nur vor den Wahlen von Parlamentsreform spricht. Es würde die politische Freudigkeit vieler unserer Anhänger stärken, wenn der Parteitag hierzu entschiedene Stellung nehmen und den Zentrumsgewählten klare Richtlinien mitgeben würde. Auch die Reform des Parlamentes selbst darf nicht über die Kraft des parlamentarischen Systems gehen, wenn dieses System nicht Schaden leiden soll.

Nichts als Kritik

Die Sonderfürsorge für Saisonarbeiter vor dem Reichstag.

Berlin, 29. November.

Im Reichstag begründete gestern Reichsarbeitsminister Wiffel den Gesetzentwurf über eine Sonderfürsorge bei beruflicher Arbeitslosigkeit. Es handelt sich dabei um die sogenannten Saisonarbeiter. Ihnen soll abweichend von den bisherigen gesetzlichen Bestimmungen die Arbeitslosenunterstützung als Sonderunterstützung gewährt werden, wenn sie nach der Verordnung des Verwaltungsrats der Reichsanstalt aus der versicherungsmäßigen Unterstützung ausgeschlossen sind. Zur Deckung des Reichsaufwandes, an dem durch diese Sonderfürsorge entstehenden Aufwendungen, sollen für das Haushaltsjahr 1928 28 Millionen Mark zur Verfügung gestellt werden.

Für die Sozialdemokratie übte der Abgeordnete Müller-Lichtenberg scharfe Kritik an der Vorlage. Seine Freunde hätten gewünscht, daß der Verwaltungsrat der Reichsanstalt andere Wege gegangen wäre. Man hätte für die Saisonarbeiter die Wartezeit verlängern können. Es werde zu prüfen sein, ob sich nicht andere Wege finden ließen. — Der Kommunist Kädel schimpfte die Vorlage als eine sozialreaktionäre Maßnahme schlimmster Art.

Aber auch von Seiten der Deutschnationalen wurde heftige Kritik geübt. Der Abg. Dr. Hagen erklärte, das Arbeitslosenversicherungsgesetz passe vielleicht für die Großstädte, aber nicht für das flache Land. Es gebe jedem das gleiche, statt jedem das seine zu geben. Unter der Wirkung dieses Gesetzes habe die Zahl der Arbeitslosen auf dem Lande eine Steigerung von 1800 auf 13000 in wenigen Jahren ergeben. So betraute sich der Kurdirektor von Rellingen, ein Willensbesther, als Saisonarbeiter und gehe außerhalb der Kurzeit Kumpeln und bezöge Arbeitslosenunterstützung. Als der Redner weiter erklärte, die Saisonarbeiter würden im Winter lieber Unterstützung beziehen als arbeiten, wurde er von der Linken heftig beschimpft.

Im Gegenjah zu dem deutschnationalen Redner bezeichnete der Zentrumsgewählte Klesner die Arbeitslosenversicherung als ein großes soziales Werk, als das Schlüsselglied in der Kette der großen sozialen Versicherungsgesetze. Bei einer Zahl von 18 bis 17 Millionen Versicherten könne aber nicht von vornherein den Wünschen aller Gruppen Rechnung getragen werden. Durch planmäßige Verteilung der Arbeitsaufträge und durch Kostensparmaßnahmen auf dem Lande, könnte die berufliche Arbeitslosigkeit gemindert werden.

Abg. Thiel (DVP.) polemisierte gegen die Sozialdemokratie. Die von den Sozialdemokraten durchgeführte Schematisierung habe das soziale Versicherungswerk disloziert. — Ähnliche Kritik übte der Abg. Freidel (Wirtschaftspartei). Den wirklich arbeitenden Elementen seien die Sozialversicherungen durch die Arbeitslosen entzogen worden. Es komme vor, daß Ortsvorsteher gemeinsam mit den Besitzern von Arbeitslosenunterstützung in ausgedehnter Weise Schwarzarbeit leisteten. — Der demokratische Abg. Schneider-Berlin bezeichnete die Vorlage als eine Notwendigkeit. Eine Gleichstellung der Saisonarbeiter mit den übrigen Arbeitlosen wäre eine soziale Ungerechtigkeit.

Nach einer Reihe kurzer Bemerkungen wurde die Aussprache geschlossen und die Vorlage an den sozialpolitischen Ausschuss verwiesen. Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung steht die Interpellation über die Technische Nothilfe.

Groener über die Reichswehr

In dem Festsaal und vor zahlreichen Mitgliedern der Deutschen Gesellschaft hielt am Dienstagabend Reichswehrminister Groener einen Vortrag, den er mit einem Rückblick auf die Kämpfe in der Panzerkreuzerstrage in Parlament und Presse einleitete. Er betonte dabei, daß er stets eine gradlinige Haltung eingenommen, sich so gründlich und vielseitig wie möglich informiert und die Denkschrift, um jeder Beeinflussung vorzubeugen, nicht von einem Matrosenmann, sondern von einem Infanteristen habe ausarbeiten lassen. Die Gegner des Panzerkreuzerbaues, so führte der Minister weiter aus, seien mit ihren Gründen zu sehr an der Oberfläche geblieben. Wenn einer der Artikelreißer den Satz prägte: „Die Lebensinteressen des Reiches lassen sich durch ein paar Panzerkreuzer nicht verteidigen“, so könne er darauf nur erwidern, daß daran auch niemand denke, daß es sich vielmehr nur um eine Verstärkung der Landmacht handeln könne. Jedenfalls sei der neue Panzerkreuzer des Typs A eine hervorragende Leistung und er könne mit keinem anderen zur Zeit auf dem Meere schwimmenden Kreuzer verglichen werden. Ausgezeichnet sei die Disziplin bei der Marine, die aus freiem Willen und freiem Willen geboren werde, ebenso das harmonische Verhältnis zwischen Heer und Marine, wie man es in Friedenszeiten nicht gekannt habe.

In dem zweiten Teil seines fast zweistündigen Vortrags beschäftigte sich der Minister mit unserer Reichswehr, für deren Ausbau man noch heute dem ersten Reichspräsidenten Goltz dankbar sein müsse, der damals nach der Revolution das sogenannte Volkshoer abgelehnt habe. In großen Zügen entwarf der Minister dann ein Bild von den fünf verschiedenen Wehrsystemen, Rekrutierung (Schweiz); stehendes Wehrpflichtheer; stehendes Wehrpflichtheer ergänzt durch Miliz (Schweiz); gemischtes Wehrsystem, ergänzt durch freiwillige Miliz, und deutsche Reichswehr.

Der Minister verweilte dann einige Zeit bei den Waffengattungen, die durch den Weltkrieg eine gewaltige Entwicklung erfahren haben: Flugzeuge, Kampfwagen. Gas usw.

Frankreichs wachsendes Meer

Ausschlagreiche Zahlen — Die lächerliche Furcht vor Deutschland

Paris, 29. November.

Die Kammer hat gestern die Beratung des Budgets des Kriegsministeriums begonnen. Der Berichterstatter Abg. Bouilloux-Lafont (Radikale Linke) stellte fest, daß der Heereskredit sich auf 6532 194 129 Frank belaufe, wozu man etwa 1 Milliarde Frank hinzurechnen müsse, die dem neuen Luftschiffahrtsministerium überantwortet würden. Die Erhöhung dieser Heereskredite gegenüber denen von 1928 um 790 Millionen sei nur schmerzhaft, wenn man berücksichtige, daß 215 Millionen aus dem Finanzministerium übernommen worden sind und 202 Millionen Kredite die Auswirkung der Maßnahmen zur Einführung der einjährigen Dienstzeit darstellen. Wenn man die Kaufkraft des Franken in Rechnung stellt, führte der Abgeordnete weiter aus, müßten die Heereskredite entsprechend den Ziffern von 1919 die 1 116 218 000 Frank betragen. Sie jetzt auf 7 000 000 000 Frank belaufen. Die Effektivstärke des französischen Heeres betrug 1912 638 000 Mann, 1913 692 000 Mann, 1914 845 000 Mann, 1928 88 200 Mann und während 1929 506 000 Mann betragen. Von den durch die Einführung der einjährigen Dienstzeit neu anzunehmenden 100 000 Mann Berufssoldaten sind bis jetzt 80 000 Mann anemmeren. Man muß also für diesen Zweck noch weitere 200 000 000 Frank Ausgaben vorsehen. Frankreich ist auch gezwungen, die Verteidigung seiner Grenzen zu verstärken. Bis jetzt ist in dieser Beziehung beinahe nichts getan worden.

Der kommunistische Abgeordnete Piron verallt die jetzige Stärke der Effektivstärke des französischen Heeres mit der vor dem Kriege und erklärte, 1929 werde es 68 000 Mann Soldaten mehr in Frankreich geben als vor dem Kriege.

Kriegsminister Painlevé

machte sich gegen die in der Debatte angeführten Zahlen, die nicht nur in Frankreich, sondern auch im Ausland eine gewisse Verwirrung auslösten. Wenn man die bei der Statistik für 1931 mitgeschätzten Elemente für das Heeres von 1913 mitzähle, so betrage der Unterschied 96 000 Mann. Er erklärte sich vor allem durch die Erhöhung der Stärke der Pensionskontingente, die nach einjähriger Dienstzeit in die Reserve übergehen und die Sicherung der französischen Kolonien und Nordafrika sowie für die Erfüllung der Pflichten unerlässlich notwendig seien, die die Operationen in der Welt (China, Sibirien, Marokko) Frankreich auferlegen könnten. Außerdem müsse man daran denken, daß seit 1913 die Kosten, die Frankreich sowohl im Mittelmeerbecken als auch außerhalb zu tragen habe, beträchtlich gestiegen seien.

Hiernach verbreitete sich Kriegsminister Painlevé über die Budgetziffern. Er erklärte u. a.: Nach Abzug der Aus-

gaben für das Besatzungsheer, die vom Deutschland bezahlt werden, und nach Abzug der Kosten für die Unterhaltung der Kolonialtruppen, die in den früheren Budgets nicht unter dem Kriegsbudget ausgeführt worden seien, komme man auf eine Budgetziffer von 7906 Millionen für 1929. Selbst unter Berücksichtigung der Kosten für die Besatzungstruppen läme man bei einem Papierfrankbudget von 7800 Millionen auf ein Goldfrankbudget von 1560 Millionen, also 20 Millionen mehr als 1913. Die Kosten für die Unterhaltung der Besatzungstruppen im Rheinlande seien aber höher als für die Unterhaltung dieser Truppen im Inlande.

Painlevé erklärte schließlich, es sei notwendig, die neue Grenze zu organisieren. Noch sei nichts getan worden. Die französische Militärpolitik entspreche der Politik von Locarno, Frankreich wisse, daß seine Ohnmacht eine Versuchung darstellen würde. Gewiß werde ein Tag kommen, an dem ein Krieg zwischen zwei europäischen Staaten ebenso unumkehrbarlich erscheinen werde, wie zwischen zwei amerikanischen Staaten. Aber dieser Tag sei noch nicht gekommen. Frankreich bewahre seine nationale Verteidigung, seine Arbeitsstruktur. So stelle seine Verteidigung im Frieden einen Damm gegen die Überflutung dar. Es sei nicht möglich, diesen Damm zu zerstören, solange die Überflutung noch kommen könne.

Der Vorsitzende der Radikalsocialisten, Daladier, stellte fest, daß das Land für die nationale Verteidigung Vollen in Höhe von 11,5 Milliarden zu tragen habe, was einem Viertel des Haushaltes gleichkomme.

Nachdem der Bericht über die Oberst Jean Kéris für eine starke Militärförderung Frankreichs ein und verbreitete sich der Diskussion, daß an den 554 000 Mann der einjährigen Dienstzeit 400 000 Mann Reichswehr, die alle eine bis 12jährige Dienstzeit hätten. Außerdem gebe es 110 000 Mann Schutzpolizei, prozess über 240 000 Mann, über die die französische Regierung verfüge. Jedoch könnten diese 210 000 Mann (Reichswehr und Schutzpolizei) sofort verdoppelt werden, wenn Deutschland die Soldaten nach ihrem 12. Dienstjahre wieder einstelle. Der Redner mahnte die Regierung, die Sicherheit Frankreichs (1) bei den kommenden Verhandlungen nicht außer acht zu lassen. Die unersättliche Rheinlanddrängung würde er begrüßen, aber sie müßten gewisse Verhandlungen voraussetzen, solange Frankreich im Rheinlande stehen werde, werde Deutschland dies nicht zum Schlachtfeld machen wollen.

Die Fortsetzung der Beratung über das Heeresbudget wurde auf morgen vormittag vertagt.

Volkseinfried über die Wahl des Bundespräsidenten

Wien, 27. November.

In einer Wahlversammlung in Wien gab am Dienstag Bundeskanzler Dr. Seipel eine bedeutsame Erklärung über die geplante Verfassungsänderung ab. Er führte aus, daß man eine solche Verfassungsänderung nicht werde durchsetzen können, wenn nicht alle Parteien, also auch die Sozialdemokraten, mitwirken würden. Die Sozialdemokraten hätten den Plan, den Bundespräsidenten durch das Volk wählen zu lassen, nicht geteilt, ohne sich zuvor, damit der wahren Demokratie im Geiste zu schlingen. Aber der Erfolg der Sozialdemokraten sei nur ein Augenblickserfolg. Die erste Frage, über die das Volk in freier Abstimmung entscheiden werde, sei die Frage des Ausbaues der Demokratie durch die Volkswahl bei der Bestimmung des Staatsoberhauptes und die Frage der Erweiterung seiner Befugnisse.

Eine inoffizielle Flottenkonferenz?

Washington, 28. November.

Der Vorsitzende des Marineauschusses des Repräsentantenhauses, Britten, hat an den britischen Premierminister Baldwin ein Telegramm geschickt, in dem er anregt, es sollte eine gemeinsame Konferenz von Mitgliedern des britischen Parlaments und des Marineauschusses des Repräsentantenhauses abgehalten werden, um die Frage der Gleichheit der See- und Luftkräfte beider Staaten in allen Kriegsgeschäften, die von den Schiffen der Washingtoner Konferenz nicht berührt worden sind, zu prüfen. Das Telegramm schlägt vor, daß die Konferenz nach dem 3. März in Kanada zusammentreten sollte. Nach Beendigung der Beratungen würden die beiden Delegationen ihren Regierungen Bericht vorzulegen haben.

In einem Interim erklärte Britten, er habe sich zu diesem Telegramm entschlossen im Hinblick auf die Rede des Premierministers vom 13. November, in der er den Wunsch nach häufigeren persönlichen Unterredungen zwischen britischen und amerikanischen Vertretern zur Förderung des gegenseitigen Verständnisses ausgesprochen habe.

Newport, 28. November.

In Reglerungs- und Senatskreisen werden gegen den Vorsitzenden des Flottenauschusses des Senats, Britten, heftige Vorwürfe erhoben, weil dieser dem englischen Ministerpräsidenten selbstständig telegraphischen Vorschlag übermittelt hat, eine gemeinsame Tagung des amerikanischen Flottenauschusses und englischer Parlamentarier im März 1929 in Kanada abzuhalten. Britten verteidigt sich gegenüber den scharfen Anklagen mit dem Hinweis, daß es zweckmäßiger wäre, wenn Parlamentarier und nicht Marinefachverständige über diese Angelegenheit verhandelten. In Senats- und Regierungskreisen wird erklärt, Britten habe gegen das Gesetz verstoßen, das jedem amerikanischen Bürger verbietet, über den Kopf der Regierung hinweg mit auswärtigen Regierungen in Verbindung zu treten, wenn dadurch die Politik der Washingtoner Regierung beeinträchtigt werde.

Politische Schlagerel in Bochum

Bochum, 28. November.

Ueber Ausschreitungen anlässlich einer nationalsozialistischen Versammlung meldet der Volksbericht u. a.: Dienstagabend um 8 Uhr fand im Evangelischen Vereinshaus in Bochum eine öffentliche Versammlung der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei statt, in der der Landtagsabgeordnete Kube, Berlin, sprach. Es war, nicht zuletzt durch eine entsprechende Aufforderung des kommunistischen Landtagsabgeordneten Duddins, in Bochum bekannt, daß die Kommunisten sich in größerer Anzahl an dieser Versammlung beteiligen würden. Die Polizei hatte deshalb weitgehende Maßnahmen zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe getroffen. Während der Disfussionen des Abgeordneten Duddins entwickelte sich eine schwere Schlagerel, bei der mehrere Teilnehmer zum Teil ernstlich verletzt wurden. Es wurde mit Gläsern, Flaschen, Stühlen und Steinen geworfen und geschlagen. Die Polizei griff unter Anwendung des Gummihüppels energisch durch, trennte die Kämpfenden und räumte schnell den Saal. Im Saal wurden u. a. ein Glas, ein Stuhl, ein Tisch und ein Stuhl zertrümmert. Die Teilnehmer wurden schnell aus dem Saal entfernt und die Verletzten in das Krankenhaus gebracht.

Volksprekursor Stieker, der persönlich nach dem Vorfall am Tatort erschien und weitere Maßnahmen anordnete, erließ im Anschluß an diese Vorgänge eine Verfügung, die auf Grund des Allgemeinen Landrechts für den Stadtbezirk der Stadt Bochum jede Demonstration, Umzüge und Versammlungen unter freiem Himmel gemäß Artikel 123, Absatz 2 der Reichsverfassung verbietet.

Ernstler Zustand des englischen Königs

London, 28. November.

In einem schließlichen Bericht an das Kabinett erklärten die Ärzte des Königs, daß wegen der Erkrankung der rechten Lunge bis auf weiteres Besseres zu erwarten sei. Jedoch zeige der Befund in der Lunge eine gewisse Besserung, und die Kraft des Patienten habe nicht abgenommen. — Die dem König behandelnden Ärzte haben sich um 12 Uhr wiederum ins königliche Schloß begeben, wo der Minister des Innern seit Mittag weilte.

Die Schlacht vor Paris

Verantwortlich für die Marne Schlacht 1914: Die Schwäche der Obersten Seeresleitung und die Führung der 2. Armee

Eine Rechtfertigung der Sachsen

Als zu Beginn dieses Jahres der erste der die Marne Schlacht während der Schlacht des Weltkrieges erschien, wurde sie in einem Vortritt als Ziel der gesamten Darstellung eine eingehende und sorgfältige Erforschung der tatsächlichen Kampflage, eine Entwicklung des Verlaufs der Schlacht in allen Einzelheiten, hinabgehend bis zur Kompanie und Batterie, und eine veranschaulichende Kritik der Lage auf beiden Seiten in der Stunde des Abbruchs des Kampfes angegeben. Nur dadurch werde sich ein Urteil bilden lassen, ob das Ringen an der Marne tatsächlich an den entscheidenden Stellen mit einem Siege der deutschen Waffen geendet hat, der nur von der Obersten Seeresleitung nicht erkannt und ausgenutzt worden ist, oder ob — die französische These! — der Abbruch der Marne Schlacht erfolgen mußte, um die deutschen Armeen vor einer offensivem Niederlage zu bewahren.

Nachdem nunmehr der letzte Band des „Marne Dramas“ [Die Schlacht vor Paris], Verfasser Hauptmann a. D. Dahlmann, bearbeitet von Arthur Stenger erschienen ist, wird man zugeben müssen, daß das beabsichtigte Ziel durchaus erreicht worden ist. Auf Grund vorzüglicher Unterlagen, sowie nicht zum wenigsten durch die hier zum ersten Male erfolgte Angabe der Verluste während und der Schlacht unmittelbar nach der Schlacht ist ein Bild von hervorragender Klarheit entstanden. Daß dies ohne äußere Längen und unter glänzender Herausarbeitung der großen Zusammenhänge gelungen ist, bleibt besonders hervorzuheben.

Darüber hinaus aber kann keinem Zweifel unterliegen, daß durch die Marneverbände die Frage, ob die deutsche oder die französische Auffassung richtig ist, einwandfrei im Sinne der ersten Seite beantwortet ist. Hatten die früher erschienenen vier Bände in wesentlichen die Kampfergebnisse der deutschen 2. und des rechten Flügels der deutschen 3. Armee behandelt und gezeigt, wie dort in den Mittagsstunden des 9. September ein voller Sieg herangereift war, so bringt der jetzt erschienene letzte Band insbesondere eine volle Klärung der Lage bei Abbruch der Schlacht an den Frontabschnitten, die nach Ansicht der Franzosen für die deutsche Niederlage entscheidend waren, nämlich am rechten Flügel der 1. und in der Mitte zwischen der 1. und 2. Armee.

Nachdem am 5. September die dem rechten deutschen Heeresflügel stehende ungenutzte Gefahr für unsere Armeen vor, hatte nämlich der Nordflügel der 1. Armee tagelang in schwerster Krise gestanden. Aber der Oberbefehlshaber der 1. Armee, Generaloberst von Kluck, und sein Generalstabchef, Generalmajor von Bülow, hatten der zähen Energie der Generale Gallieni und Manstein den eisernen Willen entgegengebracht, das Gesicht des Danks und Lobens wieder zu gewinnen und die französischen Umklamernungsversuche mit einer Umfassung des französischen Nordflügels zu beantworten. Mit tüchtigen Entschluß hatten sie hierzu die südlich der Marne stehenden Korps wegzerrissen und in unerschütterlicher Wehrhaftigkeit nach dem entscheidenden Kampffeld am Duro geschoben, energisch alle irgendwie freizumachenden Kräfte aus der Schlacht nach dem Nordflügel der Armeen gezogen. Am Abend des 8. September war dann der hervortretenden Führung der 1. Armee auf dem rechten Flügel die Lage gesichert, am Vormittag des 9. reifte hier der deutsche Sieg. Die zur Umfassung ansetzende französische 6. Armee fand sich ihrerseits am 10. in der Lage, ihr Führer sah sich gezwungen, die Durchbruchlinie seines linken Flügels zu befehlen; er war in schwerer Sorge, ob seine Front den Ansturm der Deutschen standhalten würde. So war hier ein voller deutscher Sieg errungen, und es ist eigentlich schwer verständlich, daß die Franzosen gerade die Lage des Nordflügels der Front zur Stützung ihrer These heranziehen.

Daß das Verzeichen der südlich der Marne dem britischen Expeditionskorps gegenüberstehenden Teile der 1. Armee Schicksalgefahren zur Folge haben mußte, sobald der Gegner die sich ihm hier

bietende Gelegenheit auch nur einigermaßen energisch ausnützte, war von vornherein klar gewesen. Daß diese Schwierigkeiten erst verhältnismäßig spät einsetzten, hatten die Deutschen neben dem Zögern der Engländer und des linken Flügels der 5. französischen Armee vor allem dem geschickten Verhalten ihrer Seereskavallerie zu verdanken. Immerhin brachte der 9. dem linken Flügel der 1. Armee kritische Stunden. Aber auch hier zeigte sich die Führung der Lage gewachsen. Um die Mittagsstunden war nach dem Einbruch der deutschen 5. Infanteriedivision den über die Marne vorrückenden Engländern ein fester Negerl vorgeschoben, so, es kann wohl durchaus angenommen werden, daß der Abend des 9. September die Deutschen wieder im vollen Besitze des nördlichen Marneufers gesehen hätte, wenn nicht durch das teufelische Eingreifen der Obersten Seeresleitung die deutschen Armeen vor der Eindringung des gerüttelten Sieges zurückgehalten worden wären.

Dieses Eingreifen der Obersten Seeresleitung behandelt der Leiter der Schriftfolge, Arthur Stenger, in einem besonderen Schlußkapitel, das an das entsprechende Kapitel im vorhergehenden Bande anschließt. Stenger lehnt es ab, den Ausgang der Marne Schlacht als Schicksal zu bezeichnen. Die Schwäche der deutschen Obersten Seeresleitung und die Führung der 2. Armee werden für den Ausgang der Schlacht verantwortlich gemacht. So sind die Hände „Marne Schlacht“ eine glänzende Rechtfertigung des sächsischen Heeresführers.

Hegemonie der Großstädte?

Die große Frage der Umgestaltung in Westdeutschland ist in vollem Fluß; allerorten wird gearbeitet und Stellung genommen zu dem Erlaß, den der Innenminister am 1. November an die drei westlichen Regierungspräsidenten erließ. Kommunen und kommunale Interessensverbände rühren sich, um für sich herauszufinden, was eben möglich ist. Gar viel Rücksicht auf den Nachbar wird nicht immer genommen. Wie wir am 8. Oktober in einem einseitigen Artikel „Zur regionalen Verwaltungsreform“ herangezogene Wünsche der Groß- und Mittelstädte auf Ausdehnung voll und ganz gelten ließen, so entschieden wandten wir uns gegen Expansionsbestrebungen, die allein und vorzüglich herauswachsen aus dem Kampf um die höchste Zahl, aus der heißen Konkurrenz der Städte und Oberbürgermeister, aus einem gewissen Großstadtimperialismus.“

Nun erhielt man durch eine Veröffentlichung der „Kölnischen Volkszeitung“ in den letzten Tagen Kenntnis von Vorgängen, die aufhorchen lassen und Hegemoniebestrebungen offenbaren, die man fast unbeherrlich nennen muß. Danach haben gemeinsame Verhandlungen der Oberbürgermeister der Großstädte Dortmund, Bochum, Essen, Gelsenkirchen-Essen, Duisburg und Düsseldorf zum Abschluß eines unterzeichneten ausgefertigten Abkommens geführt; Zweck und Ziel dieser Vereinbarungen seien Aufteilung des gesamten Raumes zwischen Dortmund und Düsseldorf unter die sechs genannten Großstädte bei Auflösung der in diesem Gebiet sich einschleibenden Landkreise und Mittelstädte. Ueber diese Besprechungen ist der Presse aus dem Düsseldorf Rathaus eine Verlautbarung zugegangen, aus der die „Kölnische Zeitung“ folgendes mitteilt:

„Nachdem in den sechs Großstädten die Stadtverordneten die von den einzelnen Verwaltungen vorgelegten Umgestaltungspläne geprüft haben, sind die Oberbürgermeister dieser Städte zusammengetreten, um durch gemeinsame Willenserklärung und durch ein gemeinsames

Programm die Absicht wirksam zu unterstützen, die dem Vorgehen der preussischen Staatsregierung zugrunde liegt. In sich enthält das Programm für die einzelnen Städte durchaus das Beste, was die einzelnen Stadtverordnetenversammlungen gutgeheißen haben. Es soll keineswegs dazu beitragen, daß der tüchtige Plan der preussischen Staatsregierung nicht seinen großzügigen Charakter einbüßt, sondern im Kreis der Selbstverwaltung sein Echo findet, das der vorausschauenden Politik der preussischen Staatsregierung in diesem Fall innewohnt. Allzu viele Sonderinteressen und allzu starke Rixturpolitik sind innerhalb der einzelnen Gemeinden laut geworden und gefährden eine großzügige Lösung, die allein nur Frieden schaffen kann. Diese Einzelinteressen zu überbrücken und die großen Grundgedanken der wirtschaftlichen Neugliederung positiv zu fördern ist der Zweck des gemeinsamen Vorgehens.“

Den Großstädten des Industriegebietes gehen also — das besagt diese Auslassung — die Vorschläge der preussischen Staatsregierung nicht weit genug. Am gestrigen Dienstag nun sind diese Oberbürgermeister beim preussischen Innenminister erschienen, um ihre Ansichten über die Um- und Eingemeindungsprobleme vorzutragen. Das „Nachrichtenbüro des Vereins deutscher Zeitungverleger“ berichtet über die Unterredung folgendes:

„Erschienen waren die leitenden Bürgermeister Dr. Jares für Duisburg, Bracht für Essen, Dr. Zimmermann für Gelsenkirchen-Essen, Dr. Lehr für Düsseldorf, Dr. Kuer für Bochum und Hirsch für Dortmund. Die Oberbürgermeister legten dem Minister ihre Ansichten darüber dar, wie das jetzt noch ländliche Gemeindegebiet im Ruhrgebiet unter Beachtung wirtschaftlicher Zusammenhänge den Städten des Industriegebietes eingegliedert werden könne. Minister Grzesinski erklärte ausdrücklich, daß diese Besprechung nur informativem Charakter habe und daß er eine positive Stellungnahme zu den Informationen der Oberbürgermeister nicht nehmen könne. Es wurde im übrigen vereinbart, über den Inhalt der Besprechungen nichts zu veröffentlichen.“

Der Wunsch der Oberbürgermeister geht dahin — und dieses knappe Kommuniqué macht das noch deutlicher

Gemeinden Vorbild sein und höchste Hochachtung abringen kann. Dieses Schwarzberg wird sehr bald von einer Kirchweil erzählt.

Am Mittwoch führte der Weg nach dem Osten. In Ostfriesland fand eine gemeinsame Versammlung des Volksvereins mit dem katholischen Kajaas statt. Christ ist ein Stück katholischer Tradition in Sachsen. Das Zentrum der „Schwarzen“ ist die alte Kirche. Man sagt im eigenen Vereinshaus, das schon mehrere Jahrzehnte auf dem Rücken hat. Der Name „Zum weißen Roth“ erinnert an das alte Gasthaus, das früher an dieser Stelle gebunden hat. Zehn katholische Gemeinden sind jenseits, weniger fluktuierend, wie die im Erzgebirge. Obwohl auch hier längst die großen Fabriken den Handwerksbetrieb verdrängt haben. Obwohl Ostfriesland keine katholische Mehrheit mehr hat. Der Gemeindevorstand ist fast gänzlich. Eindeutiger Verkauf „Wacht auf, wach auf, wach auf!“ wird schwungvoll gesprochen. Beethoven, den zwei katholische Lehrer auf dem Klavier interpretieren, geht vielleicht über einige Köpfe hinweg. Der Zehnleiter ist nicht allzu musikalisch. Kurz und herzlich die Begrüßung durch den Vorsitzenden, Vizevorsitzender Blasfische. Dann hört man den Vortrag über die „Katholische Mission“. Man wird den Ruf des H. Paters auch hier verstehen. Das Kalenapsokel ist in Ostfriesland eingeführt. Neue Mitarbeiter werden sicher noch hinzukommen. Kaplan Lorenz wird als Geschäftsführer für den Volksverein, Pfarrer Müller knüpft an den Vortrag praktische Schlussfolgerungen für seine Gemeinde. Ein gewinnbringender Abend möge es gewesen sein.

In der Morgendämmerung steht das schöne barocke Gotteshaus inmitten der Stille des Friedens. Weicher Himmelslicht hat anhelnde Innere in lichte Farbenpracht erstrahlt. Eine kurze seelische Raft an dieser Stätte, und die Pflicht des Alltags entfähel und wieder dieser Case des Friedens.

Vagans scholasticus.

Auf dem Wunschzettel
merke für Weihnachtsgaben vor:
Photo-Radio-Brillen-Bohr
Dresden, Ringstr. 14 u. Waisenhausstr. 15, neb. Kaffee König

Sächsische Diaspora

Von Dresden über Wurzgen nach Schwarzberg, das ist nicht gerade der kürzeste Weg. Aber es war lohnend, trotz der dem Himmel voll schwerer Novemberwolken hing. Wurzgen, ein Ort, mit seiner Gemeinde fast ein Menschenalter lang in Freud und Leid verbunden, führt mich zum alten Dom, der einst nach der Einführung der Reformation in Meissen St. Venno's heilige Gebeine barg, die sie nach Wurzgen überführt wurden. Heilige Ruhe um den Domfriedhof. Der zeitweise durchbrechende Mond zeichnet die Konturen des Domes prächtig ab von dem schwarzen Nachthimmel. Die Erinnerung vor einer großen Vergangenheit spricht aus diesen Mauern. Wurzgen war einst Bischofsort. Das bischöfliche Palais, das heute verfallenen Zustand dient, spricht eine berechtigte Sprache. Die Katholiken, über die einst die Ketten der Augdrücke liefen, sind noch im Kampfe erhalten. Wundervoll die Kunst der Gewölbearbeit. Etwas abseits vom Dome, härter umbraut vom gewerblichen Leben der Stadt, steht die alle Stadtkirche. Auch sie ein Zeugniss gläubiger katholischer Vorfahr. Die neue katholische Kirche, die eine Diasporagemeinde von etwa 1000 Seelen betreut, liegt am Rindfleischgange der Stadt, wo die Straße nach Thammstein, dem bekannten Orte der Familie von Schönberg, hinausführt. Ein Zeugniss des modernen Wurzgen ist die große Krietzsch-Wäpfe, eines der größten Mühlenwerke Europas. Geplant ist die Herstellung der best erhaltener Feuerturbinen des summen und breiten Nischengebäudes in die Nacht hinaus. Im Gokhof zur Mühle hatten sich die Träger der katholischen Tradition von Wurzgen in erheblicher Anzahl eingefunden, um an einem ersten Vorabend und einem ersten Spiel ihrem inneren Menschen etwas Wertvolles zu leisten.

Trotz im Erzgebirge wachen die Novemberstürme härter als anderswo. Und auch die Glaubensstürme sind hier rauher und heftiger. Was ist alles altes christliches Kulturland. Auch durch diese Lagen und einst christliche Glaubensboten gezogen. Heute reist sich der Geist an Robert, Schornstein an Schornstein. Fröhliche Bilder verküppelten Schaffens, wenn man stüb mit der Bahn diese erhabenen Lagen entlang eilt. Reigen alter katholischer Bergangen-

heit sind hier selten. Wohl aber erblüht auch hier, von opfervollen Diasporapriestern gepflegt und gelebt, katholisches Glaubensleben. Je kleiner und bescheidener das Gotteshaus, um so größer und opferbereiter die Hingabe der hier verstreut wohnenden Katholiken. Eine der jüngsten Gemeinden darunter ist Schwarzberg. Von Ruz, Annaberg und Wurzgen umgrenzt, berührt es höchstgelegenes Land. Vor etwa fünf Jahren zog hier der erste selbständige Seelsorger ein. Kaum zwei Dutzend Katholiken, die ihm damals den Namen boten. Inzwischen ist ein schmuckes Pfarrhaus entstanden, ein echtes Gebetshaus oben in Wildenau; hier in einer engen Kapelle hat der Heiland seine Wohnung aufgeschlagen. Die Sorgen und Mühen der Pfarheren sind nicht unwohl gewesen. Um das Pfarrhaus schert sich heute eine eifrige, opferbereite Gemeinde. Mehr als dreihundert Teilnehmer stülte der Gemeindevorstand am letzten Sonntag im schönen Saale des Ratheslers. Trotzdem der Himmel seine erzgebirgischen Schleißen gekippt hatte. Und trotzdem in der Oktavpredigt vor dem Reich solcher Theaterabende am Totensonntag gewahrt worden war. Der Versammlungsfelder, ein Oberlehrer, Lokomotivführer von Verus; seine Begrüßung fern und knapp. Alle Stämme Deutschlands sind hier in der Gemeinde vertreten. Neben den Schlehern, Bayern, Sachsen, Westfalen und Rheinländern, Deutsche von jenseits der Landesgrenze und noch immer her. Und doch sprechen sie alle eine Sprache, die katholische Sprache. Lautlos lauschte man dem Redner aus Dresden. Dankbar war man für die bescheidenen Ausführungen. Und ecktes, unerschütterliches christliches Leben gab den eingeborenen und eingewanderten Erzgebirglern mit ihrem musikalischen und theatralischen Vorbildungen. Das schöne volkstümliche Schauspiel „Benewen“ wurde von Mitgliedern des Jungmännervereins mit größter Hingabe und Einfühlung gespielt. Ein Prozedel für sich war der liebe kleine, stovangige „Schmerzenseich“, der mit der Darstellerin der Titelrolle höchste Anerkennung verdient. Auch die Cecilia zeigte schöne Können. Die Erzgebirglern sind ein langgestrecktes Völkchen. Auch eine Solistin konnte sich hören lassen. Silber, Weize und Glazette dürfen nicht fehlen. Wie leuchteten doch die Sterne so klar, als wir mit dem Pfarheren und dem kleinen Schmerzenseich durch die stille Nacht zum ideal gelegenen Pfarrhause pilgerten.

Nach einer stillen Nacht ging es noch im Dunkel des Morgens hinein in den hoffenden Alltag. Schließen aber ist das Bewußtsein, daß das Erzgebirge in vieler Hinsicht älteren katholischen



Wir führen Wissen.

Von der Landtagsarbeit

Beratungen der Ausschüsse

Dresden, 29. November.

Der Rechtsausschuss behandelte in seiner gestrigen Sitzung die Vorlage über das Anwerberecht in allgemeiner Beratung. Die Deutsche Volkspartei, die Deutsche Arbeiterpartei und die Sozialdemokraten bekundeten sich zu den Grundgedanken der Vorlage. Die Demokraten und vorläufig auch die Sozialisten wünschten jedoch ein Anwerberecht (System der Anwerberrolle). Die Sozialdemokraten und Kommunisten lehnten die Vorlage ab. In die Einzelberatung soll in der nächsten Sitzung eingetreten werden.

Der Untersuchungsausschuss für die Dammbruchkatastrophe beim Braunkohlenwerk Wöhlen der A.-G. Sächsische Werke nahm in seiner heutigen Sitzung die Berichte der beiden Berichterstatter entgegen, die nach Abschluß der Zusammenfassungen und nach Erhaltung einer Reihe von Gutachten erforderlich waren. Während der Berichterstatter Abg. Kerfel (SPD) all die Gründe und Anschauungen erneut entwickelte, die er schon in seinem ersten Bericht angeführt hatte, beleuchtete der Berichterstatter Abg. Lippé (D. Vp.) in kritischer Weise die Ergebnisse der Gutachten und der Zusammenfassungen und kam zu dem Schluß, daß sehr vieles Wesentlichen der Lösung der Werke nicht nachgewiesen werden kann. Abg. Kerfel ging aber über das Ziel der Untersuchung hinaus, indem er die Personalpolitik der A.-G. Sächsische Werke mitverantwortlich für die Dammbruchkatastrophe machte. Seine Anträge richteten sich ganz besonders gegen die Anwesenheit von Beamten und Betriebsratsmitgliedern des Braunkohlenwerkes Wöhlen zum Schluß. Es sei ein unerträglicher Zustand, daß ein Staatsbetrieb Leute beschäftige, die zu den aktiveren Gliedern der Staatswirtschaft gehörten. — Der Ausschuss beschloß, die Berichte unanständig zu veröffentlichen. Die beiden Berichterstatter werden in der nächsten Sitzung Bericht über die Arbeiten des Ausschusses zu erstatten.

Im Haushaltsausschuss A des Landtags fand gestern ein demokratischer Antrag zur Beratung, der auf die Errichtung eines Landesbrotbäckereis bei Arbeit und Wohlfahrt abzielt, um die Beschaffung von Brotstoffen für die Bevölkerung zu erleichtern. Die Regierung gab Erklärungen ab, aus denen zu entnehmen war, daß die Brotstoffherstellung durch die Gemeinden selbst zu beschaffen sei. Die dem Antragsteller fehlende Mittel sind von der Regierung Maßnahmen vorzuschreiben, um durch Zusammenarbeit mit der Landesbrotbäckerei und anderen Stellen die Beschaffung und Lieferung von Brotstoffen zu erleichtern. In einem Antrag des Kommunisten anwesenden Antons berichtete sich der Landtag für Durchführung dieser Schritte aus, so daß der demokratische Antrag abgelehnt werden konnte.

Ein sozialdemokratischer Antrag über die Errichtung von Wohnbauten in den Gemeinden Groß-Aders und Adersbach im Bezirk

Burgen. Durch Errichtung der Eisenbahn Burgen—Eisenberg erhöhte sich die dortige Bevölkerung wesentlich. Die Erhaltung und Erweiterung der dortigen Wohnungen sollte durch die Errichtung von Wohnbauten gesichert werden. Die Wohnungen sollten aber in mehrfachen Bezügen zu beabsichtigen sein. Nach längerer Beratung der Regierung beschloß der Ausschuss eine demnachstige Beschaffung der Wohnbauten zu untersuchen. Später folgt die Fortsetzung der Beratungen.

Zu längerer Aussprache führte ein sozialdemokratischer Antrag, für Sachsen ein Jugendbeschäftigungsgesetz zu schaffen. Die Regierung verwies darauf, daß nach dem sächsischen Wohlfahrtsgesetz die Jugendbeschäftigung durch die Gewerkschaften als Erziehungsmittel zu betrachten sei. Der Jugendbeschäftigungsgesetz der Gewerkschaften. Die Errichtung eines neuen Amtes werde die Jugendbeschäftigung fördern können. Man müsse den Ausschuss für Jugendbeschäftigung nicht einmal arbeiten lassen. Abg. Kerfel (D. Vp.) beantragte einen Antrag der Regierung, der die Regierung ersucht, dem Landtag über Arbeit und Erhaltung des Jugendbeschäftigungsgesetzes in bald als möglich einen Bericht zu erstatten, bis zu diesem Zeitpunkt die Beschäftigung anzusehen.

Anträge und Anfragen

Im Hinblick auf die Vorgänge bei der Verabschiedung des Steuervereinfachungsgesetzes im Reichstag hat die Wirtschaftspartei im Landtag einige Anträge an die Regierung gerichtet, welche Gründe maßgebend waren, daß die sächsische Regierung ihre Zustimmung zum Gesetzestext von einer befriedigenden Erklärung über den Finanzausgleich abhängig machte. Was hat ferner die sächsische Regierung unternommen, um den im Entwurf des Steuervereinfachungsgesetzes für die mittelständische Wirtschaft unzulässigen Steuerertrag zu beseitigen?

Ein kommunistischer Antrag weist auf die auf den Staatstrassen durchgeführten Verkehrsveränderungen hin und verlangt bei der runden Mittelrunde die Abschaffung der Zähler nach vier Stunden sowie einmündige Entschädigungen. — Ein weiterer kommunistischer Antrag bezieht sich auf den Bau des neuen Rathauses am 25. D. M., wo ein Vortrag des Sexualforschers Magnus Hirschfeld zu Ehrenabend stattfand. Es werden sofortige Untersuchungen und Vorkehrungen gegen eine Wiederholung derartiger Terrorakte verlangt. Eine kommunistische Anfrage verlangt Auskunft über die beschlossene Aufhebung des Landesausgleichsstocks für den Wohnungsbau.

Endlich trat die sozialdemokratische Fraktion unter Hinweis auf den Chemiker Bahnhofsreformationsrat an. Ist die Regierung bereit, auf die zuständigen Reichsbahnstellen einzuwirken, um Anträge der Bahnhofsreformationsrat der Arbeiterbewegung die Genehmigung zum Aufenthalt in Bahnhöfen und zum Betreten der Bahnhöfe zu geben und im Hinblick auf diese allgemeine Unterlassung zu prüfen, die bisher bereits der Inneren Mission einräumt worden ist?

Mar —, das ganze Gebiet unter sich aufzuteilen und zu beherrschen, und ein Scherzwort sagt, daß sie mit ihren Großstädten am liebsten gleich reichsunmittelbar würden. Das Leben und die Existenz derjenigen Gebilde, die in die Stammesstädte übergeführt werden sollen, gilt anscheinend nichts. Dabei sind diese Landkreise, Landgemeinden, Mittel- und Kleinstädte durchaus lebensfähige und lebenswerte Körper, bei denen man auch noch von einer Selbstverwaltung der Bürger sprechen kann, wogegen dieses Recht in den Großstädten mit ihrer wachsenden bürokratischen Verwaltung immer mehr verkümmert. Siehe Groß-Berlin! Riesengrößen, wie sie jetzt die sechs Oberbürgermeister vorhaben, müssen ebenfalls vermieden werden wie etwa Riesengrößen. Der Mittelweg ist auch hier der richtige und gesunde. Wir glauben, daß dies auch die Auffassung der maßgebenden Herren im preussischen Innenministerium ist, die sich jüngst noch auf einer Pressebesprechung sehr warm für das vielerorts gefährdete Selbstverwaltungsrecht einsetzten: es ist annehmbar, daß die Oberbürgermeister für ihre Hegemoniewünsche nicht gerade sehr offene Ohren gefunden haben.

Zu der Ablehnung von Riesengrößen kommt auch eine jüngst veröffentlichte Arbeit „Grundlagen für die Neuordnung der kommunalen Grenzen im Ruhrgebiet“ der Professoren an der Technischen Hochschule in Hannover, Paul K. Arnold und Carl Pirath (Berlin 1928, Verlag von Julius Springer). Dieses vorzügliche Werk, auf das wir noch ausführlich zurückkommen werden, bringt reiches Ziffern- und Kartenmaterial und behandelt die ganzen Probleme von allen Seiten; einleitend wird gesagt: „Es handelt sich nicht nur um Steuerquellen, Siedlungsgebiete und Verkehrswege; es handelt sich vor allem um Menschen, und zwar um besonders wertvolle Menschen, deren staatsbürgerliche Einstellung durch die bevorstehenden Veränderungen vielleicht für immer betroffen wird als durch wirtschaftliche Veränderungen, mit denen sie zu rechnen gewohnt sind.“ Unter anderem kommt das Werk zu dem Ergebnis, daß für die Schaffung neuer Großstädte keine im Werte der Großstadt an sich begründete Veranlassung vorliegt, es sei im Gegenteil anzustreben, daß die Dezentralisation durch die Förderung lebensfähiger Mittelstädte gefördert und der allgemeine Lastenausgleich durch die Überweisung interkommunaler Aufgaben an bestehende oder noch zu bildende Zweckverbände befördert werde.

Wir erinnern uns, daß der Kommunalreferent des Innenministeriums, Ministerialdirektor von Linden, auf der erwähnten Pressebesprechung nicht der Bildung von neuen Riesengrößen das Wort redete, sondern sich für eine Dezentralisierung einsetzte. Der Schritt der Oberbürgermeister dürfte — so hoffen wir — wenig Aussicht auf Erfolg haben.

Dresden und Umgebung

Vorweihnachten in der Großstadt

Dresden, 29. November.

Der Weihnachtsbaum am Nismarckdenkmal ist glücklich in Dresden angekommen, trotz Sturm und Regen, und wartet auf seine Bestimmung. Das Liebeswerk des Verbandes für Jugendhilfe fördert zu helfen. Am Sonntag, den 2. Dezember 1928, nachmittags 4½ Uhr (nicht 4 Uhr, wie anfangs mitgeteilt wurde) sollen keine kraschen Lichter zum ersten Male ihren verblichenen Glanz in die abendliche Nacht hinausstrahlen. Mit kurzer Ansprache, umrahmt von weihnachtlichen Klängen, wird er uns allen überreichen in der hoffenden Erwartung, daß sein Himmelslicht aber einleuchtendes Licht nicht unerschüttert bleibe. — Er soll während der Abendzeit reichlich vom Eintritt der Dunkelheit an leuchten und weihnachtlichen Tönen in Herz und Sinne des Vorübergehenden ertönen. Wird es da nicht lebendiger sein, ein Scherzlicht hineinzulassen in einen der beiden Eiferer, die recht und links vor dem Baum aufsteht, um Rot und Weiß gefärbter Jugend zu helfen?

Uma hochblühende musikalische Darbietungen am Baum finden nach rechtlicher Vorbereitung Anmeldung bei Verband für Jugendhilfe, Nismarckstr. 8, 1., Telefon 18 274, ihren Platz auf dem hierfür besonders abgetrennten, besetzten Raum hinter dem Nismarckdenkmal.

Neuer soll ein richtiges Knäpferhäuschen mitten in

der Großstadt errichten, und zwar auf einer Insel am Nismarckdenkmal mit einem kleinen Gäßchen und allem Zubehör, wie im Nismarckdenkmal. Die gleichfalls anwesende Knäpferer-Verbandsleiterin hat die Knäpferer zum Nutzen der Knäpfererhilfe

Aus der Kolpingbewegung

Unter Beifügung sämtlicher Fördervereine, die zum Bezirk Mittelsachsen gehören, fand am 25. November beim landesweiten Kolpingkongress in Mittelsachsen, dem Kolpingverein Coswig, eine Bezirksversammlung statt. Es konnte festgestellt werden, daß momentan in der letzten Zeit die Beziehungen der mittelsächsischen Kolpingvereine untereinander fester geknüpft wurden, wie auch die Vertiefung und Ausbreitung des Kolpinggedankens vorangeht. Der Förderverein Seidenau hat sich nach dem erfolgreich verlaufenen 3. Bezirkstag getrennt und ist unter der neuen Leitung endlich wieder praktisch Kolpingarbeit zu leisten. Im Coswig haben sich seit einiger Zeit gegen 25 weitere junge Kolpinglinge um ihren Vorgesetzten, Walter Lehmann, und sind der jungen Pfarrgemeinde eine lebendige Stütze. Nach dem Gedankenanstreng über eine gute, unermüdbare Werbestunde, bei der in der nächsten Zeit ganz bestimmte Gebiete in Frage kommen sollen, erließen der Bezirksleiter drei Kolpingbrüder aus Döbeln und machte die Mitteilung, daß der seit Jahresfrist als Kolping-Präsident bestehende Förderverein Döbeln wünscht, nimmer als selbständiges Glied der Kolpingbewegung in die Reihe der mittelsächsischen Kolpingvereine aufgenommen zu werden. Fern und schließlich wurde die Aufnahme beschlossen und beim Gelingen des Kolpingkongresses richteten sich Pröbdes und Kolpingbrüder die Hände, ihres seligen Göttervaters gedenkend, mit dem inneren Gebühn,

treu und fest zusammenstehen. Ebenso erweist diese Maß, daß auch in Siebenbürgen bei Weichen durch Bildung einer Gruppe von Weichen die Kolpingbewegung bereits bereits beschlossen hat. Nach Berechnungen über die Aufkommen- und Mitarbeit in den Kolpingvereinen der christlichen Arbeiterklasse, Führerschaft und dem bevorstehenden 2. Sächsischen Kongress am 1. Dezember 1929, zum 15. Jubiläum der Kolpingvereine Dresden, trennte man sich mit dem Bewußtsein, daß die Kolpingbewegung, die im Jahre 1928 ihr neues, weihnachtliches Ziel vor sich hat, im nächsten Jahre die Internationale Kolpingkongress kämpft für die Kolpingvereine des Reichs; denn sie wird mit ihrer Wirklichkeit dort im Volke, wo heute der Anfang gemacht werden muß zur religiösen Erneuerung der Menschheit. Dafür zu kämpfen ist das Kolpingbundes letzte Ziel, höchste Idee und schönster Lohn.

Gegen Herabsetzungen der Beamtengehälter

Dresden, 29. November.

Am Mittwoch hielt, zum erstenmal seit der Sommerpause, der Beamten- und Besoldungsausschuss des Landes eine Sitzung ab, in der eine große Menge Eingaben verbündeter Beamten- und Lehrervereine, die grundsätzliche Herabsetzungen in der Beamtenbesoldung erforderlich gemacht hätten, zur Beratung. Die Regierung ersuchte, nicht in eine Einzelberatung der Eingaben einzutreten, sondern dieselben der Regierung im ganzen zu übermitteln. Die Eingaben hätten für 11.500 Beamte der unteren und mittleren Gruppen und weitere 10 Millionen Mark erfordert. Es wurde ein Antrag einstimmig angenommen, diese Erklärung der Regierung in den Fraktionen zu beraten und die davon betroffenen Punkte der Tagesordnung zu vertagen.

Theater und Musik

Staatsooper. Maria Rajdl sang in Rich. Strauß' „Jenkenhauler“ zum ersten Male die Sophie. Sie kleidet diese Partie in einen prachtvollen Wohlklang. Selbst in den exponierten Höhenlagen bewahrt die Stimme eine herrliche Weichheit und beständige Wärme. Die tiefen Register erstreben in einer dunkelglühenden Glut, die etwas ungemessenes Schönes an sich hat. Die fette Mittelstimme bildet zwischen beiden eine klängevolle Ueberbrückung. Wenn auch die Tonfülle nicht allzuweit ist, so behält sie doch dem oftmals sehr vollen Orchester gegenüber die Oberhand. Ihr Spiel ist reich an reizvollen Einzelheiten. Von jugendlicher Anmut, jugendlichem Liebreiz, Kohetterie, Kaprice, gehobener Ehrgefühl und grazioser Haltung zeigt es sich in allen Schattierungen. Die Verpflichtung dieser erstklassigen Künstlerin erweist sich mit jeder neuen Rolle als ein besonders glücklicher Wille für unsere Staatsooper. Für Eilriede Koberstein sprang Helene Jung als „Anna“ ein. Der Besuch war nur leidlich, und diese sich sehr häufige Erscheinung dürfte nicht so unbedenklich sein. —

Dresdner Kammer-Orchester. Das Totenfestkonzert des Dresdner Kammerorchesters verlief wie die früheren Konzerte sehr anregend. Aus dem Programm standen drei dem Charakter des Tages entsprechende geistliche Gesänge aus dem 15. Jahrhundert von Nahu, Adam und Bartola in der Einrichtung von Arnold Schering. Der Sänger, Adolf Sandzel, verfügte leider nicht über genügende Qualitäten, diese voll zur Geltung zu bringen. Noch weniger genügte die Stimme zur Aufführung des tiefen Stimmungsgesanges der wunderbaren „Piepe“ von Ottmar Schoeck. Das Orchester ließ bei der Besetzung auch einige Wünsche unerfüllt. Defizit eindrucksvoller Spielte es die reinen Orchesterwerke: Beethoven's Sonate in D-Dur, Sündens D-Dur-Konzert und die herrliche Musik für sieben Saiteninstrumente von Rubi Stefan, eines der stärksten Talente unter den jungen deutschen Musikern, der leider ganz jung dem Weltkrieg zum Opfer fiel. Gustav Wragel bewies wiederum in der Gestaltung und Ausführung des Programms feinsten künstlerischen Geschmack. —

Kunstschau. Die amerikanische Pianistin Eleanor Spencer stellt in erster Linie durch bestehende technische Qualitäten. Man folgt mit großem Interesse der Klarheit und der plastischen Zeichnung der Themen und des Melodienlaufes der Werke, die sie zum Vortrag bringt. Auffällig sind auch der füllige Ton und die männliche Kraft. Ihre Gestaltungskraft bewahrt in klarer, geistiger Auslegung. Die Tiefe des deutschen Programms liegt ihr freilich fern. So spürte man von der Partie, die das Andante der F-Moll-Sonate (Werk 5) durchzieht, ziemlich wenig. Es blieb bei einer kalten Schönheit. Man kommt hernach zu dem Gedanken, daß es vorzuziehen wäre, wenn Ausländer sich der Romanisten von Charakter eines Brahms und Schumann möglichst fern hielten. Wenigstens dann, wenn bei der Auslegung auch das Herz mitzulassen hat. Die virtuose Kunst der Konzertierenden fand starken Beifall. —

Harmonieaal. Anderer Verpflichtung halber hörte ich von Eil. Riechen nur noch Guiso Woll's Lieder aus dem italienischen Liederbuch. Es ist natürlich schwer, ein Urteil zu fällen, wenn man die vorangehenden Komponisten Händel, Schöcher, Plüner und Mors nicht gehört hat. Daß die Wahl der Volkslieder Gesänge für die Sängerin glücklich war, möchte ich nicht so ohne weiteres unterschreiben. Vieles war im Ausdruck zu spitz und schäferhaft. Immerhin versteht Eil. Riechen mit Geschmack zu singen, wenn auch der Timbre der Zeit hat Tribut leisten müssen. Eine gute Schulung macht sich auch heute noch bemerkbar. Die Tongebung ist klar und sitzt gut in der Stimme, nur neigt die Sängerin in gewissen Fällen zum Detonieren. Emil Klinger sekundierte als gewissenhafter und sich gut anpassender Begleiter. —

Walmenarien Dresden. Nicht immer dürfte eine Künstlerin, die ein Dresdner Konzertpublikum betritt, ein derartig begeistertes Empfang zu verzeichnen haben, wie am Montagabend die junge Sängerin Carl Laßlo. Aber auch die Qualitäten sind nicht allzu gering, mit denen diese Sopranistin ausstrahlt. Da ist zunächst eine hochstehende Musikalität, die Technik ist von höchster Brillanz. Sie schließt — wie man zu sagen pflegt — alles aus den Armen. Schwierigkeiten sind scheinbar für sie ein unbekannter Begriff. Noch mehr bezieht sie aber durch den Reiz der Tongebung. Die Künstlerin verfügt über eine Etichtheit, die zu größter Bewunderung Anlaß

gibt. Infolgedessen moduliert sie eine Klangpracht, die geradezu faszinierend ist. Der Wohlklang, den sie den Saiten entlockt, ist schwer zu beschreiben. Es ist in höchstem Maße und herrlicher Schönheit der Klangkörper, der dem Violinist der Sinner Charakteristik ist. Trotz aller Höhe in der Kantilene, klingt eine tiefe Schwermut an, die durch Feuer und Mollität bezwingende Gegenfächer erhält. Aus dem Klang der Saiten sprechen Bergesdüfte und Seidentiefe. Es wurde Mendelssohn-Vertheim's Violinkonzert in G-Moll zu einem erstklassigen Kunstwerk und die übrigen Werke — Fändel Sonate Nr. 1 in A-Dur, F. S. Bach's Chaconne, die Carmen-Phantasie von Liszt, sowie kleinere Werke von Reger, Kodaly und Bartók — reizten die Zuhörer zu Beifallstürmen, die sich weit über das übliche Maß erhoben. Man entließ diese hervorragende Künstlerin natürlich nicht ohne Augen. Arthur G. H. erfüllte seine Aufgabe als Begleiter mit bewährten, feinmusikalischen Qualitäten. Das Konzert war gut besucht. —

Abademie der bildenden Künste Dresden. Der Große Staatspreis der Akademie der bildenden Künste zu Dresden auf 1927 ist für Landshaftmaler und dekorative Malerei, auf 1928 für Bildhauer ausgelassen worden. Als Bewerber werden Maler oder Bildhauer zugelassen, welche die sächsische Staatsangehörigkeit besitzen, die Akademie der bildenden Künste mindestens zwei Jahre lang besucht und sie nicht vor Oktober 1924 verlassen haben.

Sächsischer Kunstverein. In der unter dem Vorsitz des Grafen Seebach am Dienstag abgehaltenen Hauptversammlung des Sächsischen Kunstvereins erstattete Dr. Heinrich Arnold den Rechenschaftsbericht für das verlossene Geschäftsjahr. Die ausstehenden Vorstandmitglieder wurden einstimmig wiedergewählt. Sachungsänderungen riefen eine längere Aussprache hervor. Ein Besuch des Verbandes der freien Künstler um Ueberlassung der Ausstellungsräume auf der Brühlischen Terrasse stieß auf Widerspruch. Die Räume sind bereits bis zum Herbst 1929 so gut wie vergeben. Der Vorstand beschloß trotzdem, dem Besuche in wohlwollender Weise beizutreten.

Helene Jedermann spricht am Montag, den 3. Dezember, abends 8 Uhr im Kunst- und Musiksaal, Waldpurgstraße 15, Mittelsächsischer Advents- und Weihnachtskonzert

Parlamentarische Besichtigungsfahrt

Landwirtschaftliche Meliorationen.

Dresden, 29. November.
Am 10. d. M. fand eine Besichtigung landwirtschaftlicher Meliorationen in den Amtshauptmannschaften Dresden und Großenhain durch Vertreter des Wirtschafts-, Finanz-, Arbeits- und Wohlfahrtsministeriums, des Landesamts, der Amtshauptmannschaften Großenhain und Riesa, der Landwirtschaftskammer sowie anderer Behörden und Bürgermeister der beteiligten Gemeinden statt. Die Fahrt hing zusammen mit einem Antrage des Landwirtschaftsministeriums auf Förderung der landwirtschaftlichen Meliorationen durch Bereitstellung größerer Summen. Mit der Kultivierung der in Sachsen noch etwa 200 000 Hektar umfassenden meliorationsbedürftigen Flächen würde ein Teil des verlorenen Kolonialbesitzes zurückgewonnen und brach liegende Arbeitskräfte eingeleitet werden können. Zuerst wurden für den Verein Haus Weitz in Moritzburg durchgeführte, über 60 Hektar umfassende Anlagen besichtigt. Die notwendigen Erklärungen gab Landwirtschaftsminister Dr. Claus. Es folgte die Besichtigung von 300 Hektar verjüngten Wiesenlandes an der Räder-Oberrückung bei Döbeln, die erläuterte den umfangreichen Bauentwurf, der von der Straßen- und Wasserbaudirektion und der Landwirtschaftskammer aufgestellt wird. Anschließend wurde eine Meliorationsanlage auf dem Staatsgut Schalla besichtigt. Trotz großer Schwierigkeiten wird hier das ehemalige Sumpf- und Weidland bald in wertvolles Kulturland umgewandelt werden. Am Schluß der Fahrt wurde als z. Zt. größtes Meliorationsunternehmen das 475 Hektar umfassende Sumpfgelände am Elbigabach besichtigt und der Bauentwurf erläutert.

Im Laufe des Tages gab der Oberregierungsrat Dr. Opiß vom Wirtschaftsministerium wertvolle Hinweise und Meliorationen und betonte, daß sich der Staat in großem Umfange damit befassen müsse. Er dürfe sich der Aufgabe, die Ernährungsgrundlage des Volkes zu erweitern, nicht entziehen. Die Durchführung von Meliorationen der beschriebenen Art sei das beste Mittel, um produktive Erwerbslosensfürsorge zu treiben.

Zerlegung der Reutertermine 1929

Ein Tag vor der am 1. Dezember in Berlin stattfindenden Delegiertenversammlung der deutschen Reitervereine hält die Oberste Rennbehörde eine Sitzung ab, in der in erster Linie über die von den Vereinen für das kommende Jahr gestellten Anträge auf Abhaltung von Rennen und auf Bewilligung von Rennterminen beraten werden soll. Auf Grund dieser Anträge wird das nächste Rennjahr sich im großen ganzen im Rahmen des verflochtenen Rahmens. Von einzelnen Vereinen ist sogar eine geringe Vermehrung der Renntage beantragt worden. Die großen Berliner Vereine haben wieder je 30 beantragt, Sitauberg 20. Das Berliner Rennjahr wird beginnen am 24. März in Strausberg, am 1. April (Dienstag) in Rastdorf, am 25. April in Grünwald und am 1. Mai in Döppelgärten. Von den übrigen Punkten der Tagesordnung für die bevorstehende Sitzung ist wichtig ein Antrag auf Verringerung einiger Umräumungskurse für die im Ausland gewonnenen Gelder. Hierbei ist in Aussicht genommen, auch den Umräumungskurs für den französischen Frank (bisher 1 Fr. = 0,40 M.) herabzusetzen, damit die französischen Pferde in deutschen Rennen günstiger Gewichte erhalten. Im Interesse der nächstjährigen internationalen Rennwoche in Berlin vom 14.-21. Juli wäre eine mäßige Begünstigung der französischen Pferde in dieser Beziehung sehr wünschenswert.

Der Volkswirtschaftliche Ausschuss des Reichstages behandelte am Mittwoch die Novelle zum Kaligesech, die eine Verlängerung des Abbauperioden für Kaligesech bis zum 31. Dezember 1931 vorsieht. Die Vorlage wurde genehmigt. Angenommen wurde auch eine neue Bestimmung, wonach die Vorschriften über Entschädigung bei Betriebsunfällen auch Anwendung finden, wenn jemand, ohne rechtlich dazu verpflichtet zu sein, unter Gefahr für Leben, Körper oder Gesundheit einen anderen aus Lebensgefahr rettet oder zu retten unternimmt und dabei einen Unfall erleidet.

„Amundsen-Gletscher“ und „Malmgren-Berg“. Nach in Oslo vorliegenden Meldungen hat die geologische Abteilung der russischen Akademie der Wissenschaften einen neu entdeckten Gletscher nach Amundsen und den höchsten Berggipfel im Altai-Gebirge nach Malmgren benannt.

Heimkehr der deutschen Turniereiter

Die drei deutschen Reiteroffiziere von Barnetow, von Nagel und Schmalz, die den deutschen Militärreiterport erfolgreich im Internationalen Reiterturnier in Madison Square Garden vertraten, sind gestern wieder in Hamburg eingetroffen. Da sich ihre Abreise durch das verspätete Einreisen des „Albert Ballin“ in Cuxhaven verzögerte, fand beim Einlaufen des Hapag-Sonderzuges auf dem Hamburger Hauptbahnhof nur eine kurze Begrüßung durch Vertreter der Reichswehr und des Hamburger Reiterports statt. Im Namen des Chefs der Heeresleitung begrüßte der Inspektor der Kavallerie, Generalleutnant von Nagel die Offiziere; er dankte ihnen namens der Reichswehr für die erfolgreiche deutsche Vertretung auf dem amerikanischen Turnier.

Lyons feiert Cochet

Der junge französische Tennisspieler Henri Cochet, der in diesem Jahre an der Spitze der Welt Rangliste steht, wurde im Rathaus seiner Vaterstadt Lyon ein großer Empfang bereitet. Der frühere Minister Herriot hielt in seiner Eigenschaft als Bürgermeister der Stadt Lyon eine längere Rede, in der er die großen sportlichen Erfolge von Cochet eingehend würdigte. Der Tennisspieler, der am Wochenende in Hamburg gegen Deutschlands Spitzenpieler zum Kampf in die Schranken tritt, erwiderte, daß nicht nur er allein, sondern auch seine Kameraden Lacoste, Borotra und Brugnon ihr Bestes getan hätten, um Frankreichs Tennissport Weltgeltung zu verschaffen.

Auslandreisen deutscher Fußballer. Der Karlsruher Fußball-Verein hat am 26. Dezember dem schwedischen Meister Gröfsjöps in Åre ein Besuch ab und beabsichtigt, anschließend einige Spiele in Italien anzutreten. Die Verhandlungen mit den italienischen Clubs stehen vor dem Abschluß. Tennis-Borussia hat für den 30. Dezember ein Wettspiel nach Paris mit dem führenden Club Français vereinbart. Ein zweites Spiel der Berliner Elft soll am Neujahrstage stattfinden.

Verantwortlich für den politischen Teil: Dr. Gerhard Deschütz, Dresden. Für den literarischen Teil und das Feuilleton: Dr. Max Domig, Dresden. Für Anzeigen: Fritz Venz, Dresden.

Theaterabend

der Jungfrauenkongregation „Maria Thurgau“
anlässlich ihres 20. Stiftungsfestes
Sonntag, den 2. Dez., im großen Saale des Kolpinghauses.

Zur Aufführung gelangt:
„Der heilige Johannes“
Dramatische Dichtung in vier Aufzügen
Einakt 7, Einakt 8 Uhr. Karten zu 0,60 M. a. d. Abendkasse

Konzerdirektion F. RIES (F. Plöner)

Kaplan Fabel

spricht am 7. Dez., 8 Uhr, Künstlerhaus, über
„Das moderne Sexualproblem“

Karten zu M. 1.—, 1.50, 2.—, 3.—, 4.— bei F. RIES, Seestr. 21
und Buchhandlung PAUL SCHMIDT (Inh. P. Beck), Neumarkt 12

Achtung! Einmaliges Angebot! Achtung!

Echte hausgemachte **Nürnberger Lebkuchen** keine Massenware noch alt-Originalrezept hergestellt. Zu Vorzugspreisen. Ich biete an:
H. weiße Oblaten-Lebkuchen 1 Pfund (ca. 10 Stück) 1,60 M.
H. Elisen-Lebkuchen 1 Pfund (ca. 10 Stück) 1,50 M.
H. Basler Lebkuchen 1 Pfund (ca. 10 Stück) 1,50 M.
10 Stück Dessert-Lebkuchen (wie Schokol., Haseln., Mandl.) 1,50 M.
6 Stück Elisen in Dosen mit Nürnberger Ansicht 1,50 M.
H. Nürnberger braune Plätzchen 1 Pfund 1,50 M.
H. Nürnberger Alerteil 1 Pfund 1,50 M.
Garantiert echte Basler Lebkuchen (nach Originalrezept) 1 Pfund 2.— M.
Hochfeine Mazarin-Leckerli (nach Originalrezept) 1 Pfund 3.— M.
Auf Wunsch Probepack. (40 St. Lebkuchen u. 27 Plätzchen) zus. 3.—
Versand per Nachnahme franco Haus ohne jede Nebenkosten.
Im Besitze viel. freu. Anerkennungs schreiben bez. der vorz. Qualität!
Fritz Hochreuther, Konditor, Nürnberg, Ziegelsteinstraße 137

Zur Firmungstier!

Im Verlage der Germania A.-G. Filiale Dresden sind mit oberhirtlicher Genehmigung zwei kleine Druckschriften erschienen, die die liturgischen Gebete bei Spendung der heiligen Firmung enthalten. Jedes der beiden Schriftchen eignet sich zum Gebrauche für die Firmlinge. Der Preis stellt sich bei achtfertiger Ausführung auf 10 Pf., bei vierfertiger auf 5 Pf. das Stück. **Sammelbezug** durch die hochwürdigen Pfarrämter dürfte sich empfehlen. Auf Wunsch stehen Muster jederzeit zur Verfügung. **Bestellungen** bei der

Germania A.-G. Filiale Dresden
Dresden-A. 1, Volkerstraße 17

RADIO

kompl. Anlagen u. Zubehör
Vorführung in und außer dem Hause
kostenlos

CURT WACHE
MECH.-MEISTER
Dresden, Königsbrücker Straße 26
Fernruf 50066



und portabel versende an jedermann (nicht an Kinder) meinen
großen **Hauptkatalog** über Haushaltsmaschinen, Kinder-
Spielwaren sowie tausende andere Artikel.
Schreiben Sie sofort eine Postkarte an
Verandhaus „Voksalant“
Emil Jansen, Wald Nr. 567 b. Solingen

Willst Du gute Stollen backen, muß Du haben alle Sachen von einwandfreier, bester Beschaffenheit.

- Hier sind sie:**
- Rosinen**
Kaff. Sultanien-Rosinen . . . Pf. v. 45
Smyrna-Sultanien-Rosinen Pf. v. 50
Elmas-Rosinen Pf. v. 55
Amalias-Korinthen . . . Pf. v. 80
Wir bitten zu beachten die wundervolle frische Ware, die wir auch in diesem Jahre wieder aus der diesjährigen Ernte bieten.
 - Mandeln**
Prima süße Bari Pfund 220
Beste handgelesene süße Bari, Pf. 250
Beste bittere Bari Pfund 240
Bittere Marokko Pfund 210
Aprikosenkerne, Ersatz für bittere Mandeln Pfund 120
Haselnußkerne Pfund 150
Geraspalt Kokosnuss . . . Pfund 65
 - Zitronat**
beste koreanische Frucht von hervorragend schöner Kandierung Pfund 140
Man beachte auch bei diesem Artikel die hervorragende Beschaffenheit der vorz. und angenehmen geschmacklichen Ware und dabei den billigen Preis!
 - Orangeat Pfund 140**
Beste thür. Mohnsaat Pf. 60
Amerikanische Vollmilch ohne Zucker 16-Oz.-Dose 60 u. 50
do. do. 6-Oz.-Dose 32
Gezuck. Milchmisch. 14-Oz.-D. 90
 - Weizenmehl**
Insektjahren bewährten, ausbleichen, guten Qualitäten:
Auszug-Mehl Pfund 24
Eisener-Auszug-Mehl, grüßig, Pfund 27
Diamant-Mehl Pfund 28
do. 5-Pfd.-Beutel 145
Bienenris-Kais.-Auszug, 5-Pfd.-Beut. 145
Egeria-Mehl . . . 5-Pfd.-Beutel 145
Wie führen auch noch billigeres Mehl. Jedoch ist der Verwendung dieser billigen Sorte für die Bollenbleiener dringlichst zu widerraten. Karioleimehl, blendend weiß, Pf. 28
 - Backzucker**
Gem. Meils Pfund 28 u. 30
Gem. Raffinade Pfund 32
Beste Puder-Raffinade (kein Melis-Puder) Pfund 37
Echte Bourbon-Vanille Stange 10, 15 u. 20
Vanillin - Vanillesücker - Macabilla Feinstar Kaseel, Kardamom, Backpulver
Feinste reine gelbe Zitronen Stück 10
Rum zur Verbesserung des Gebäcks
Echt. Jamaika-Rum-Verschnitt 1/2 Fl. 4.00
Echt. Jamaika-Rum 50% 1/2 Fl. 7.50
Echt. Jamaika-Rum-Original 1/2 Fl. 12.00
einschl. Flasche

Die kluge und sparsame Hausfrau
wird auch in diesem Jahre ihre **Backzutaten** bei uns kaufen, denn sie weiß, dass sie bei uns **immer gut bewahrt bleibt.**

Wir bitten, unsere Schaufenster zu beachten!

Auf den vollen Betrag vorstehender Preise gewähren wir **Einkaufsgutscheine**, die am Jahreschluss mit **6% Rückvergütung** in bar ausbezahlt werden.

Waaren-Einkaufs-Verein zu Görlitz

A.-G., Zweigniederlassung Dresden

Elektrische Lichtenlagen

führt aus
Karl Schmid, Dresden-A.
Polierstraße 13, Fernr. 28648
Großes Lager in Osram-Lampen, Taschenlampen
Beleuchtungskörpern, elektr. Plättleisen, Heizkissen

Auch Ihren Kindern schmeckt
und bekommt der das Wachstum und Wohlbefinden
fördernde, von Kinderärzten geordnete

Süßes Nährzweibrot
Überall erhältlich

Das Caritas-Sekretariat, Dresden-A.
Albertplatz 2, Eingang Rabenhorststraße, Sprech-
stunden 9-12, Fernruf 54327, Postfach: Dresden 26468
bittet herzlich um Gaben aller Art (Betten und
Bettwäsche, Kleidungsstücke, Lebensmittel ufm.)
zur Linderung der Not.

Dresdner Theater

- Opernhaus**
Freitag
Für die Freitag-
Anrechtinhaber der Reihe A
vom 23. Nov.
Nly (1/2 S)
Sonabend
Kaiser Kredit
Die ägyptische Helena (1/2 S)
S. V. V. Gr. 1: 1701-1800
und 6901-7000
- Schauspielhaus**
Freitag
Kreuzstraße B
Finden Sie, daß Constance
sich richtig verhält! (1/2 S)
S. V. V. Gr. 2: 4701-4900
Sonabend
Kreuzstraße B
Der erniedrigte Vater (1/2 S)
S. V. V. Gr. 1: 4651-4700
und 49. 1-5050
- Albert-Theater**
Freitag
Gallplatz Adolf Müller
Onkel Bräsig (1/2 S)
S. V. V. Gr. 1: 7201-7400
Sonabend
Die Dreigroschenoper
(1/2 S)
S. V. V. Gr. 1: 8201-84. 0
- Kristen-Theater**
Donnerstag
Gallplatz des Hofsaal
Sächsischen akademischen Theaters
Zweihunderttausend
Kunstliche Komödie frei nach
Scholem-Weischem
S. V. V. Gr. 1: 601-700
Freitag
Zweihunderttausend
S. V. V. Gr. 1 701-800
- Die Komödie**
Freitag
Der Prozeß d. Mary Dugan
(1/2 S)
S. V. V. Gr. 1: 841-901
Gr. 2: 21-250
Sonabend
Der Prozeß d. Mary Dugan
(1/2 S)
S. V. V. Gr. 1: 1101-1200
11 Uhr: Nachtbesetzung
Ludwig Hardt
Registrieren
Central-Theater
Freitag
„Rom“ und das große
internationale Ballett-
Programm (8)
Sonabend
Nachmittag 4 Uhr
Der Ligenpeter
Wagners Märchen
Abends 8 11
Dollarprinzessin
Thalia-Theater
Gente und folgende Tage
Abends 8 Uhr
Hermann Job
Rheinlands bedeutendster
Komiker mit Gesellschaft in
Der Millionenraub
Sonabend nachmittag 4 Uhr
Goldelse
Märchenvorstellung
Märchen in 5 Bildern mit Stoff
Preise von 25 Pf. an
Königsplatz-Theater
Täglich abends 8 Uhr
Sensationelles Programm
Eisen- u. Holz-Betten,
Stahlmatt., Kinderb., Polster,
Chaiselong., Schlafzimmer,
günstig an Priv. Kat. 2201 fr.
Eisenmöbelfabrik Suhl (Thür.)